

# Naiver Optimismus oder Schönfärberei?

Es mangelt es nicht an Baustellen, die unter der Politik der Schuldenbremse leiden

„Mehr Schülerinnen und Schüler – bessere Chancen“ – betitelt Schulsenator Ties Rabe seine Eröffnungsbilanz des Schuljahres.

Mehr Ganztagschulen, bessere Lernförderung für alle, inklusive Beschulung, kleinere Klassen, verbesserter Übergang von der Schule in den Beruf – das sind die Fortschritte aus Sicht des Senators.

Und wenn die oppositionelle GAL als Zentralpunkt ihrer Kritik herausstreicht, dass Rabe damit nur den Schwarz-Grünen Bildungsreformen ein „rotes Band“ umgebunden hat, dass er sich also mit fremden Federn schmückt, so trifft das den Kern. Die Bildungspolitik ist geprägt von der Umsetzung von Maßnahmen, die die Bürgerschaft bereits unter der Vorgängerre-

---

*„Größte Reformvorhaben seit der Nachkriegszeit bei steigenden Schülerzahlen.“*

---

gierung beschlossen hat. Wir erinnern uns: Im Rahmen des sog. Schulfriedens gelang es den Oppositionsparteien damals, eine weitere Verkleinerung der Klassengrößen gesetzlich festzuschreiben. Inklusion und Berufsschulreform waren ebenfalls Projekte der Vorgängerregierung – genau wie die Abschaffung des Sitzenbleibens.

Die Situation und die Herausforderungen und Probleme für Hamburgs Schülerinnen und Schüler, ihre Eltern und ihre

Lehrkräfte haben sich dennoch grundlegend verändert.

Die riesigen Veränderungen an Hamburgs Schulen, die mit der Einführung einer neuen Schulstruktur einhergehen (Es gibt neben den Grundschulen nur noch Stadtteilschulen und Gymnasien, Förder- und Sonderschulen werden sukzessive in diese aufgehen, Inklusion ist das Ziel, Sitzenbleiben wird abgeschafft und die Berufsvorbereitung und der Übergang Schule-Beruf werden vollständig erneuert) finden unter Bedingungen der Schuldenbremse statt. „Pay as you go“ – also keine neuen Ausgaben im Haushalt ohne entsprechende Reduzierung an anderer Stelle, Personalreduzierung im öffentlichen Dienst und Kostendeckelung unterhalb der Inflationsrate werfen ihre Schatten auf die größten Reformvorhaben an Hamburgs Schulen seit der Nachkriegszeit.

Anders als in fast allen Bundesländern findet dies in Hamburg nicht bei sinkenden, sondern bei steigenden Schülerzahlen statt. Mittel, die im Bildungshaushalt also frei werden, weil die Schülerzahl schrumpft, stehen in Hamburg also nicht zur Verfügung zur Verbesserung der Situation an den Schulen oder zur Finanzierung der Reformen.

So ist denn die Eröffnungsbilanz des Senators eine Mischung aus naivem Optimismus und Schönfärberei.

600 zusätzliche Einstellungen von Lehrerinnen und Lehrern

wurden angekündigt und mussten tags darauf bereits zurückgenommen werden. Denn zieht man die 270 Stellen ab, die an anderer Stelle abgebaut werden, so bleiben nur noch 330 Stellen übrig.

Die Schulbehörde baut zum Beispiel allein 45 Stellen für Schulleitungsentlastungen weg. Hinzu kommen Senkungen der Unterrichtsfaktoren in den Klassen 4, 5 und 6 der ursprünglich vorgesehenen Primarschulen so-



**Gespannte Erwartung: Sitzenbleiben gibt es nicht**

wie weitere Verschlechterungen z.B. für Jahrgangsteams im Umfang von 150 Lehrerstellen.

Berücksichtigt man darüber hinaus, dass die „echten“ 330 zusätzlichen Stellen allein der Ersatz für die ausscheidenden KollegInnen sind, so fragt sich, wo das real notwendige zusätzliche Personal für die um 2.500 ansteigenden Schülerzahlen und die beschlossene Verkleinerung der Klassengrößen herkommt?

Wer die Situation an den Schulen aufmerksam verfolgt, weiß, dass die Lage alles andere als entspannt ist. Lehrkräfte für Fächer wie Englisch, Naturwissenschaften oder technische Fächer an den Berufsschulen sind kaum zu kriegen. Schulstandorte in Hamburgs Peripherie und/oder

Schulen mit schwieriger Schülerklientel haben massive Probleme, Personal zu halten oder einzustellen – auch eine Folge der selbstverantworteten Schule und des damit verbundenen Wildwuchses im Kampf um Personal. Es gehört keine prophetische Gabe dazu, vorherzusagen, dass sich diese Probleme angesichts des zunehmenden Lehrermangels in fast allen Bundesländern auch in Hamburg noch verschärfen werden.



t mehr

Hilfreich ist in dieser Situation eine Politik der realen Einkommenskürzungen beim Personal im Bildungsbereich in Hamburg ganz sicher nicht. Durch die geplante Weihnachtsgeldkürzung und die nicht vollständige Übernahme des Tarifergebnisses rutscht die Besoldung von Hamburgs BeamtInnen auf einen hinteren Platz bundesweit ab – und das, obwohl die Metropolregion Hamburg eines der teuersten Pflaster in Deutschland ist.

Unser Dienstherr erwartet, dass die Beschäftigten an den Schulen die großen Reformen, die vor uns liegen, mit Elan und Engagement angehen und kürzt uns gleichzeitig unsere Einkommen!

Darüber hinaus sollen die Ein-

führung weiterer Ganztagschulen, die inklusive Beschulung aller Kinder, die Entwicklung der Stadtteilschulen zu einer gleichwertigen Säule neben dem Gymnasium, die Berufsschulreformen, die individuelle Förderung aller SchülerInnen und vieles andere mehr mit einer Personaldecke bewältigt werden, die nicht wirklich vergrößert wird. Die Gefahr besteht durchaus, dass das zu weiteren zusätzlichen Belastungen für die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen führen wird, von den Schulleitungen über die LehrerInnen bis hin zum übrigen pädagogischen und zum nichtpädagogischen Personal.

Der aus gewerkschaftlicher Sicht unheilvolle Trend, dass immer mehr genuine Aufgaben festeingestellter Lehrkräfte auf anderes Personal verlagert wird, das dann schlechter bezahlt wird und z.T. unter prekären Verhältnissen arbeitet, setzt sich mit der neuen Regierung fort. Darüber hinaus ist eine weitere Privatisierung schulischer Arbeit zu befürchten. (siehe im Detail weiter unten)

Die Sparauflagen des Senats, von der das Personal an den Schulen ausgenommen sein soll, sieht im Bereich der Schulbehörde überproportionale Personalreduzierungen im Umfang von mehr als 70 Stellen vor.

### **Ganztagschulen**

Es ist sehr zu begrüßen, dass geplant ist, mehr Ganztagschulen zu schaffen und perspektivisch alle Stadtteilschulen zu solchen zu machen. Aber auch hier muss genau beobachtet werden, in welcher Form (offen, gebunden, teilweise gebunden) dies stattfindet und wie das finanziert wird. Aus unserer Sicht ist nur die gebundene Ganztagschule eine, die diesen Namen verdient, weil nur damit der

Vorteil der Ganztagschule zum Tragen kommt, dass nämlich der Schulalltag anders rhythmisiert werden kann und die gesamte Unterrichtszeit auf den ganzen Tag verteilt wird. Nur in der gebundenen Ganztagschule besuchen alle SchülerInnen gemeinsam ganztags die Schule, eine wichtige Bedingung dafür, soziale Selektion zu vermeiden. Zudem wäre dadurch besser ge-

---

*„Die Gefahr besteht, dass dies zu weiteren zusätzlichen Belastungen für die KollegInnen und Kollegen führen wird.“*

---

währleistet, dass unterrichtliche Aufgaben auch vollständig von Lehrkräften und nicht schlechter bezahltem Betreuungspersonal geleistet werden.

Insofern ist auch die gerade vorgestellte Ganztagsbetreuung an Grundschulen (GBS) eben keine Ganztagschule.

### **Ergänzende Lernförderung**

Die Behördenplanung sieht vor, die individuelle Lernförderung (Nachhilfe) mit insgesamt 7,8 Mio € zu unterstützen. Diese Mittel kommen aus den Einsparungen, die das Wegfallen des Sitzenbleibens mit sich bringt, sowie aus Bundesmitteln über das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung (3 Mio.). Anders als ursprünglich berechnet ist jetzt nur noch von ausreichend Geld für 2 Wochenstunden pro Schulklasse die Rede. Die Zuweisung von 0,0203 WAZ pro Schüler, wie sie im Schreiben an die Schulleitungen vom 9.8. vorgesehen ist, bedeutet aber nicht mehr als den Tropfen auf den heißen Stein. (Eine Klasse mit 27 Schülern bekommt demnach z.B. 0,54 WAZ zugewiesen; das reicht bei einem angenommenen Faktor von 1,2 für 45 Minuten Förderunterricht nicht mal für 25 Minuten pro Klasse)

„Für diese Fördermaßnahmen können neben Lehrkräften der Schule auch Honorarkräfte verpflichtet werden, z.B. Studierende, leistungsstarke Schülerinnen und Schüler; pensionierte Lehrkräfte oder auch externe Dritte.“ (Statistische Daten und Hintergrundinformationen zum Schuljahresbeginn 2011/2012, S.7)

„Viele allgemeine Schulen fühlen sich unvorbereitet und von der Behörde alleingelassen.“

Aus rechtlichen Gründen dürfen die Schulen nun doch nicht private/kommerzielle Nachhilfeeinstitute mit dieser Aufgabe betrauen. Inwieweit die Vermittlung von Honorarkräften durch private Institute damit dauerhaft ausgeschlossen ist, bleibt fraglich. Fest steht aber, dass durch die im Vergleich zu Lehrkräften günstigeren Stundensätze für Honorarkräfte (max. 15,97 € pro Stunde) der Druck auf die Schulen groß ist, auf Honorarkräfte zuzugreifen statt Stellen zu schaffen.

Der Schule wird eine Überprüfungs- und Entscheidungsfunktion bezüglich der erfolgreichen Durchführung der Maßnahmen zugewiesen.

Unter diesem Gesichtspunkt verbietet sich der Einsatz von Honorarkräften. Solche Aufgaben sind nach Auffassung der Sozialversicherungsträger und der Rechtssprechung Arbeitnehmern zu übertragen. Dies wurde zuletzt für das Bundesland Niedersachsen so entschieden.

den. Ein Vorgang, der bundesweit Schlagzeilen gemacht hat.

Im Übrigen ist dies bezüglich des Einsatzes von Vertretungskräften für andere unterrichtliche und unterrichtsbezogene Aufgaben auch Meinung der Schulbehörde. Wieso sie in diesem Fall davon abweichen will, ist unverständlich. Die GEW warnt ausdrücklich vor den rechtlichen und finanziellen Folgen des Einsatzes von Honorarkräften. Dies wird die Schulbehörde teurer kommen als der Einsatz regulär beschäftigter Arbeitnehmer von Anfang an.

### Inklusive Pädagogik

Die Umsetzung des § 12 Schulgesetz hat dazu geführt, dass es deutlich mehr SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf gibt. Immer mehr Eltern melden ihre Kinder an allgemeinbildenden Schulen an, ohne dass die Schülerzahl an den Sonderschulen (mit Ausnahme der Förderschulen) bedeutsam zurückgegangen ist. Diese Entwicklung bringt eine Reihe von Problemen mit sich. An 204 Schulen (135 Grundschulen, 52 Stadtteilschulen und 17 Gymnasien) werden SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf beschult. Allerdings gibt es - laut Antwort auf eine kleine Anfrage der GAL-Fraktion in der Bürgerschaft - ca. 100 Schulen, die diese Aufgabe bisher ohne SonderpädagInnen lösen müssen. Auch wenn SonderpädagInnen vorhanden sind - die Zeit, die für das Kind mit Behinderungen zur Verfügung gestellt wird, ist äußerst gering. Viele allgemeine Schulen fühlen

sich, wie Stellungnahmen zeigen, unvorbereitet und von der Behörde allein gelassen. Die 108 SozialpädagogInnen und ErzieherInnen, die der Senator für die Inklusion zusätzlich einstellen will (und die er auch nach Auslaufen der Finanzierung durch Bundesmittel weiter finanzieren will) können keine speziell ausgebildeten Lehrkräfte ersetzen. Sie sind nur eine Nothilfe, bis ein Konzept umgesetzt wird, das - hoffentlich - den Ansprüchen eines inklusiven Schulwesens wirklich gerecht wird. Die GEW wird die Planung des Senators, ein integriertes Konzept zur Zusammenführung der verschiedenen Fördersysteme einzuführen, kritisch begleiten und hierzu im Herbst eine Tagung durchführen.

Alle diese schwierigen Aufgaben, vor denen die Schulen zum Schuljahresbeginn stehen und die begleitet sind von Einkommenskürzungen beim Personal, von Sparhaushalten, von Privatisierung und billigen Beschäftigungsverhältnissen werden zusätzlich erschwert durch unzureichende bauliche Voraussetzungen für die Schulen. Sicherlich sind die Folgen der nicht zustande gekommenen Primarschulreform ein Grund für den Stau, und ebenso erfordert die Verkleinerung der Klassen zusätzlichen Raumbedarf.

Hinzu kommt, dass es einen Jahrzehnte alten Renovierungs- und Erneuerungsstau an Schulgebäuden (wie überhaupt an öffentlichen Bauten, Straßen etc) gibt. Dies alles ist dem neuen Schulsenator nicht anzulasten.

Zu berücksichtigen ist aber, dass die Politik der Schuldenbremse und des faktischen Einfrierens der öffentlichen Haushalte diese Probleme nicht eben leichter lösen wird und dass die Lern- und Arbeitsbedingungen an den Schulen leiden, was zulasten der SchülerInnen und des Personals geht.

KLAUS BULLAN

## Inklusionstagung 11./12. Oktober an der Uni Köln

mit dem besonderen Fokus auf die LehrerInnenbildung für Inklusion. „**Inklusion und Diversität als Herausforderung für Erziehung Schule und LehrerInnenbildung**“.

Siehe auch: [http://www.cedis.uni-koeln.de/content/tagung\\_inklusion\\_und\\_diversitaet/index\\_ger.html](http://www.cedis.uni-koeln.de/content/tagung_inklusion_und_diversitaet/index_ger.html)